

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –
– Drucksache 16/1896 –

Digitale Bürgerbeteiligung weiterentwickeln – E-Government und Open Government Data stärken

Transparenz und Zugang zu Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger; sie sind notwendige Voraussetzungen für Partizipation, Teilhabe und Mitbestimmung in einer modernen, lebendigen Demokratie.

Die Staats- und Verwaltungskultur muss den Prozess der Veränderung und Öffnung als Antwort auf eine sich wandelnde Gesellschaft weiter fortsetzen, sowohl nach innen als auch nach außen. Wichtige Instrumente von Open Government sind die Digitalisierung von Verwaltungshandeln (E-Government) sowie die Offenlegung von öffentlichen Daten und Informationen (Open Government Data).

Das Internet und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sind selbstverständlicher Teil des Alltags vieler Menschen geworden und haben unser Leben, unsere Kommunikation und unsere Gesellschaft verändert. Internet und digitale Wirtschaft treiben Innovation und Wachstum voran.

Die Digitalisierung eröffnet neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe. Bürgerbeteiligung erhält neue digitale Möglichkeiten, welche die Qualität politischer und administrativer Entscheidungen verbessern können. Ein wichtiger und erforderlicher Schritt zur Verwirklichung dieser neuen Mitwirkungsmöglichkeiten ist es, den Bürgerinnen und Bürgern einen leichteren Zugang zu mehr Informationen aus den Verwaltungsprozessen zu geben.

„Open Government Data“ oder auch offene Regierungs- und Verwaltungsdaten bedeuten: Nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger sollen bei der Verwaltung beantragen müssen, welche Informationen sie aus dem Verwaltungsprozess erhalten möchten, sondern die Verwaltungen stellen möglichst umfassende Informationen, gegen deren Veröffentlichung keine rechtlichen oder sonstigen zwingenden Gründe bestehen, von sich aus proaktiv zur Verfügung und setzen dazu vorrangig auf IT-gestützte Verfahren und Zugänge über das Internet.

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren bereits Forderungen des Landtags in den Bereichen E-Government und Breitbandversorgung umgesetzt, um die Aufgaben der Verwaltung schneller, effektiver, kostengünstiger und bürgerfreundlicher zu gestalten. Insbesondere mit der Freischaltung des Open-Government-Data-Portals wurde ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Weg umgesetzt.

Der Landtag stellt fest:

1. Eine bürgerfreundliche Modernisierung der Verwaltung mit internetgestützten Dienstleistungen („E-Government“) als ein Instrument der Bürgernähe und der Beteiligung intensiviert die Zusammenarbeit der Behörden und erhöht die Servicequalität.

2. Grundbedingung für einen gleichberechtigten Zugang aller Bürgerinnen und Bürger ist, dass jedem Haushalt in Rheinland-Pfalz eine Grundversorgung mit leistungsfähigem Breitband zur Verfügung steht. Gerade auch in den ländlichen Räumen muss eine flächendeckende Versorgung mit leistungsstarkem Breitband erreicht werden.
3. Grundsätzlich sollen staatliche Stellen möglichst alle Informationen für die Öffentlichkeit im Internet zugänglich machen, die für die Bürgerinnen und Bürger interessant und von Nutzen sein können, es sei denn, der Schutz personenbezogener Daten, staatliche Sicherheitsinteressen oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung stehen diesem Interesse entgegen.
4. Die Daten und Informationen sollen in der Regel digital bereitgestellt werden. Jedoch muss hier der mehrkanalige Ansatz konsequent verfolgt werden. Für Menschen ohne Zugang zu elektronischen Angeboten sind andere Zugangsmöglichkeiten wie ein Callcenter oder die einheitliche Behördennummer 115 beizubehalten.
5. Der in den Beratungen der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ mehrfach angesprochene Kulturwandel in der Verwaltung hin zu mehr Transparenz erfordert auch einen neuen rechtlichen Rahmen. Das bestehende Informationsfreiheitsgesetz und das Umweltinformationsgesetz des Landes schreiben zum einen unterschiedliche Prinzipien vor und werden zum anderen nicht mehr den aktuellen Anforderungen an Informationsfreiheit und Transparenz gerecht. Der neue rechtliche Rahmen sollte dabei eine Anhebung der Standards, hin zu mehr Informationsfreiheit insgesamt, sicherstellen und sollte auf Bereichsausnahmen verzichten. Außerdem soll damit eine Grundlage für Open Government in Rheinland-Pfalz geschaffen werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf für ein Transparenzgesetz unter Einbeziehung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ zu erarbeiten, der an Stelle des Informationsfreiheitsgesetzes und des Landesumweltinformationsgesetzes treten soll;
2. kontinuierlich die Nutzerfreundlichkeit der Open-Government-Data-Plattform zu überprüfen und die Datenbestände zu erweitern. Die Open-Government-Data-Plattform soll sich durch sprachliche und inhaltliche Bürgernähe auszeichnen, die allen Bürgerinnen und Bürgern einen barrierefreien digitalen Zugang zu Informationen erlaubt, und zwar für sowohl kommunalpolitisch als auch landespolitisch relevante Informationen;
3. zu prüfen, unter welchen finanziellen und personellen Voraussetzungen es möglich ist, die Prozesse innerhalb der Verwaltung mit elektronischen Verfahren effizienter und schneller zu gestalten;
4. zu prüfen, wie vor dem Hintergrund einer Kosten-Nutzen-Analyse weitere wesentliche Verwaltungsleistungen online und barrierefrei bereitgestellt und weitere Antragsverfahren überwiegend elektronisch abgewickelt werden können;
5. dafür Sorge zu tragen, dass der Datenschutz und die Datensicherheit durch sichere Kommunikationswege sowie eine sichere Datenhaltung weiterhin gewährleistet bleiben;
6. Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden aufzunehmen, wie die Datensätze der Open-Government-Data-Plattform zügig mit den Daten der Kommunen ergänzt werden können.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann